

# Städte als Mittelpunkt des Wandels

## Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und die Kommunen



von **Dr. Angelika Schwall-Düren** MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, zuständig für die Angelegenheiten der Europäischen Union

besitzen direkte Auswirkungen auf die kommunale Ebene.

Die zentrale Bedeutung von Kommunen als Akteure bei der Verwirklichung des sozialen Zusammenhalts wird von der EU Kommission in ihrer Mitteilung „Kohäsionspolitik und die Städte“ (2006) gewürdigt: Die Städte stehen im Mittelpunkt jenes Wandels, für den Innovation, unternehmerische Initiative und Unternehmenswachstum die Grundlage bilden“.

### Städte als Mittelpunkt des Wandels

Wir Sozialdemokraten setzen uns während der deutschen Ratspräsidentschaft für eine Stärkung der sozialen Dimension Europas ein, d.h.

- für Beschäftigungsförderung durch Chancengleichheit
- für Qualifizierung und Mobilitätsförderung
- für Integration Älterer in den Arbeitsmarkt sowie

- für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Den sozialen Schutz gilt es in Europa zu verbessern. Die Europäische Gesetzgebung muss durch ein Verfahren zur sozialen Folgenabschätzung für die Gesellschaft ergänzt werden.

### Subsidiaritätsprinzip beibehalten

Aus Angelegenheiten, die vor Ort besser geregelt werden können (Subsidiaritätsprinzip), sollte sich Brüssel heraushalten. Beispielsweise muss auch in Zukunft gewährleistet sein, dass die Kommunen für ihre Bürger bezahlbare Dienstleistungen hoher Qualität zur Verfügung stellen können. Gemeinsam kann man sich in der EU einigen, wo die Gemeinschaft im Sinne der Bürger Vorgaben machen sollte.

Gleichzeitig muss die Handlungsfähigkeit der EU gewährleistet und weiter ausgebaut werden. Deshalb muss der europäische Ver-

Seit Januar 2007 hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft für ein halbes Jahr übernommen. Mit der EU-Ratspräsidentschaft erhalten die Kommunen eine gute Gelegenheit, verstärkt auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.

Die EU-Politik, insbesondere die Lissabon- und die Göteborg-Strategie, die Struktur- und Kohäsionspolitik sowie die Umweltpolitik,

## Städte und Gemeinden müssen europafähig sein!

von **Wolfram Kuschke**, MdL Staatsminister a.D.



Was nicht überall in Europa selbstverständlich ist, hat für uns einen hohen Stellenwert: die Tradition und Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland. Umso bedeutsamer war es, dass die kommunale Selbstverwaltung Eingang in den europäischen Verfassungsentwurf gefunden hat; ein weiterer Grund für unsere Erwartung an ein baldiges Gelingen des europäischen Verfassungsentwurfes.

Wie wichtig Europa für die Kommunen im politischen Mehrebenen-System geworden ist, macht die Beeinflussung durch das Gemeinschaftsrecht deutlich: Neben der Wettbewerbs-, Umwelt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik stellt die Vergemeinschaftung der Innen- und Rechtspolitik, die Reform der Strukturfonds und der europäischen Förderinstrumente eine permanente Herausforderung für die kommunale Alltagsarbeit dar.

Dies steht häufig im Spannungsverhältnis zur strikten Einhaltung und Anwendung des Subsidiaritätsprinzips durch die EU und die Mitgliedsstaaten. Aber wir bleiben dabei: das Prinzip der Subsidiarität – die Wahrnehmung von Aufgaben möglichst nah an den Bürgerinnen und Bürgern, auf der Ebene, die diese am besten lösen kann – ist ein Gebot einer transparenten, bürgernahen und effizienten Demokratie. Zukünftige Themen wie die Diskussion um die öffentliche Daseinsvorsorge und die öffentlichen Finanzsysteme erfordern zusätzlich eine bessere Europafähigkeit der Kommunen.

### Masterplan „Europafähigkeit der Kommunen“

Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung aufgefordert, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Masterplan „Europafähigkeit der Kommunen“



zu entwickeln. Er soll unter anderem enthalten:

- Optimierung von Informationsvermittlung, stärkere Spezialisierung und stärkere zielgruppenorientierte Vermarktung des EU-Beratungsangebotes;
- schnelle Bewertung von Förderprogrammen;
- Aufbau einer Ideen- und Projektbörse;
- grundlegende Kenntnisse über die EU als Bestandteil der Verwaltungsbildung und -weiterbildung.

Die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung haben dies im Landtag abgelehnt.

Sie haben damit ein weiteres Mal deutlich gemacht, dass sie kein Gespür für die Anforderungen nordrhein-westfälischer Europapolitik haben. Wir werden dran bleiben - im Interesse unserer Städte und Gemeinden!

fassungsprozess wieder in Gang gesetzt werden. Der Verfassungsentwurf stellt einen wichtigen Schritt in Richtung mehr Bürgernähe und Transparenz in Europa dar. Die Städte und Gemeinden würden damit eine stärkere Rolle in der EU einnehmen und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten verbessern. Dann können wir die Bürger davon überzeugen, dass die EU viele Verbesserungen und Vorteile mit sich bringt.

### Aktuell: Energiepolitik

In Fragen der Energiepolitik wird augenblicklich besonders offenkundig, dass wir einen europäischen Energieaktionsplan brauchen, der zu einer höheren Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit führt. Die deutsche Ratspräsidentschaft wird hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

## „EU-PROGRAMME FÜR KOMMUNEN, EU-FÖRDERUNG 2007 BIS 2013“

### Eine Broschüre des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten

Sie ist kostenfrei abrufbar unter der E-Mail-Adresse: [beratungcenter\\_ausland@nrwbank.de](mailto:beratungcenter_ausland@nrwbank.de)

Europa kommunal (Zeitung) [www.rgre.de](http://www.rgre.de)

Herausgeber Rat der Gemeinden und Regionen Europas

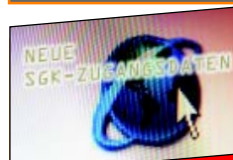
1/06: Eine neue Generation von Programmen

2/06: Partnerschaften unverzichtbar für Kommunen und Europa

3/06: Europaarbeit folgt keinem Muster (Difu-Umfrage)

### „Was die deutschen Städte von Europa erwarten“

Forderungen des Deutschen Städtetages anlässlich der deutschen EU-Präsidentschaft Broschüre (2006) Deutscher Städtetag [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)



### ZUGANGSDATEN

Aus Sicherheitsgründen müssen

die Zugangsdaten zum Mitglieder-internen Bereich unseres Internet-Auftritts (Intranet) geändert werden. Es ist vorgesehen, die Änderung zum 1. März dieses Jahres vorzunehmen. Ab dann werden die alten Zugangsdaten nur noch für eine kurze Übergangszeit gelten. Die neuen Zugangsdaten werden den Vorsitzenden und Geschäftsführungen der Fraktionen und der SGK-Kreisverbände mitgeteilt. Diese sollen die Zugangsdaten an ihre Mitglieder weiterleiten bzw. können bei diesen erfragt werden.

FÜR SGK-INTRANET WERDEN GEÄNDERT

## Auf dem Wege nach Europa

Interview mit **Günter Thum**, Rheine



**Günter Thum** war 10 Jahre Bürgermeister, ist heute Fraktionsvorsitzender der SPD in Rheine und Vorsitzender des Europaausschusses des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Außerdem gehört er dem Präsidium des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) an.

### Gibt es Alternativen zu Europa in der vorgesehenen Vernetzung?

Nicht wirklich, aber Grundvoraussetzung dafür ist Vertrauen und Kompromissbereitschaft auf allen Seiten.

### Welche Handlungsmöglichkeiten haben die Kommunen?

Das Spektrum ist breit. Wir als Kommunalpolitiker müssen versuchen unseren Bürgerinnen und Bürgern Europa mit konkreten Themen näher zu bringen.

### Wie geht das?

Ein gutes Beispiel ist eine kommunale Partnerschaft in Europa. Am einfachsten geht das über Sportvereine, über Schulpartnerschaften und über die Kultur. Es muss dabei zu „echten“ Treffen der Menschen kommen können. Das geht nicht auf dem Papier.

### Warum ist Europa den Bürgerinnen und Bürgern so schwer zu vermitteln?

Leider überwiegt in den Diskussionen um Europa sehr oft die Regulierungsinstanz, also welches Gesetz gilt für welche Maßnahme im Staat?

### Welche Bedeutung haben die EU-Strukturfonds für die Kommunen?

Eine sehr große. Zu viel Bürokratie hat viele Kommunen bisher abgehalten sich um EU-Mittel zu bemühen. Doch es gibt Hilfestellungen über die kommunalen Spitzenverbände und den RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas).

### Ist das nicht alles doch ein wenig zu umständlich?

In unserer Stadt Rheine werden wir auf Anregung unserer Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder anlässlich der deutschen Ratspräsidentschaft eine Sonderratssitzung durchführen, die ausschließlich das Thema „Europa“ zum Inhalt hat. – Europäischer Mehrwert muss auch lokaler Mehrwert werden.

## IMPRESSUM

### Die Kommunale Zeitung

**Herausgeber:** Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e. V. (SGK NRW) Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf  
Tel.: 0211-876747-0, Fax: 0211-876747-27  
Mail: [info@diekommunale.de](mailto:info@diekommunale.de),  
Internet: [www.diekommunale.de](http://www.diekommunale.de)

**Verantwortlich (auch für Anzeigen):** Bernhard Daldrup, Landesgeschäftsführer der SGK NRW

**Satz und Gestaltung:** SGK NRW, Postfach 20 07 04, 40104 Düsseldorf  
**Fotos:** Zahlreiche Helfer und [www.pixelquelle.de](http://www.pixelquelle.de)

**Druck:** Griebisch & Rochol Druck GmbH Gabelsbergerstr. 1, Gewerbepark Hamm-Rhynern, 59069 Hamm

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.